

Udo H

### **Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan 2012**

Lt. NEP 2012 müssen neue große Stromautobahnen von Nord nach Süd errichtet werden, um die Stromversorgung nach der Energiewende sicherzustellen. Auch ich befürworte grundsätzlich die von der Bundesregierung beschlossene Energiewende und sehe auch ein, dass hierfür eine Verstärkung der Stromnetze erforderlich ist. Jedoch dürfen hierbei nicht nur wirtschaftliche Interessen und der Natur- und Umweltschutz im Vordergrund stehen, sondern es muss vordringlich auf den Schutz und die Bedürfnisse der Menschen und Bürger dieses Landes geachtet werden. Deshalb ist insbesondere bei der Neuerrichtung von Stromnetzen darauf zu achten, dass die neuen Trassen so weit wie möglich von Wohnsiedlungen entfernt errichtet werden. Es kann nicht angehen, dass die neuen Stromautobahnen über Häuser und Dörfer gebaut werden, um Kosten einzusparen. Unabhängig von den dadurch entstehenden Beeinträchtigungen des Orts- und Landschaftsbildes bedeutet jede neue Stromleitung eine Gesundheitsgefährdung durch den dadurch verursachten Elektromog. Ich erwarte sowohl von der Bundesregierung als auch von den Netzbetreibern, dass die neuen Stromtrassen in möglichst großem Abstand von Häusern und Wohnsiedlungen vorbeigeführt werden, auch wenn durch diese „Umgehungen“ höhere Kosten entstehen. Dass wegen der Energiewende künftig höhere Strompreise anfallen, muss jedem Bürger klar sein. Es kann nicht sein, dass auf der einen Seite eine ökologische Energiewende beschlossen wird, auf der anderen Seite jedoch berechnete Bürgerinteressen aus ökonomischen Gründen unberücksichtigt bleiben. Dass dies in der Realität jedoch durchaus der Fall ist, sieht man bereits an den zum Teil heftigen Diskussionen bezüglich neuer Standorte von Windkraftanlagen. Wenn Politiker, Genehmigungsbehörden und Betreiber hier eine Errichtung in nur 500 Metern Abstand von Wohngebäuden gegen die berechtigten Interessen der betroffenen Menschen zulassen, ist dies unerträglich. Ich appelliere deshalb an Netzbetreiber und Genehmigungsbehörden, bei der Planung der neuen Stromtrassen nicht nur auf das Gemeinwohl und den eigenen Gewinn zu blicken, sondern auch die Interessen der von der Trassenführung betroffenen Menschen zu berücksichtigen.